



Niederschrift

zur 169. Sitzung des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge

öffentlicher Sitzungsteil

am: 26.05.2021

Ort: Börse Coswig

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 15:42 Uhr

Anwesenheit: s. Anwesenheitslisten (*Anlage 1*)

Beschluss: s. *Anlage 2*

Die sitzungsbegleitende Präsentation ist der *Anlage 3* dieser Niederschrift zu entnehmen.

Tagesordnung

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen
3. Vollzug Haushaltplan 2021: Beratung und Beschlussfassung zur Bewilligung über-/außerplanmäßiger Mittel – Inanspruchnahme von Rückstellungen
4. Sonstiges (im Ergebnis der Abstimmung über die Tagesordnung neu aufgenommen)

Es schließt sich ein nichtöffentlicher Teil an.

Zu TOP 1 Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Verbandsvorsitzende, Herr Landrat (LR) Geisler, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die Einladung vom 03.05.2021 mit Tagesordnung und den Beratungsunterlagen war allen Mitgliedern des PA frist- und formgerecht zugegangen.

Die Beschlussfähigkeit ist mit 5 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Planungsausschusses (PA) gegeben, diese wird durch den Verbandsvorsitzenden festgestellt.

Die detaillierte Anwesenheit ist der *Anlage 1* dieser Niederschrift zu entnehmen.

Zur Tagesordnung beantragt Herr VR Pfohl, das Thema Mehrbelastungsausgleich noch einmal aufzurufen.

Der Verbandsvorsitzende schlägt vor, dieses unter einem zusätzlichen Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ zu behandeln.

Zur ergänzten Tagesordnung gibt es keine Einwände. Dieser wird einstimmig zugestimmt.

Zu TOP 2 Stellungnahmen zu weiteren raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen

Der Verbandsvorsitzende stellt fest, dass keine Stellungnahmen zur Beratung vorliegen und schließt den Tagesordnungspunkt.

Zu TOP 3 Vollzug Haushaltplan 2021: Beratung und Beschlussfassung zur Bewilligung über-/außerplanmäßiger Mittel – Inanspruchnahme von Rückstellungen

Zum TOP liegt allen Mitgliedern des PA die Beschlussvorlage PA 01/2021 vor. Konkreter Beschlussgegenstand ist die Freigabe von Mitteln aus der mit dem Jahresabschluss 2020 gebildeten Rückstellung in Höhe von 40.000 Euro zur Finanzierung der 2021 anfallenden Kosten im Normenkontrollverfahren infolge des am 24. November 2020 beim Oberverwaltungsgericht gestellten Normenkontrollantrags gegen die 2. Gesamtfortschreibung des Regionalplans.

Frau Dr. Russig stellt mit Verweis auf die bereits in der Beschlussbegründung benannten Sachverhalte in einem kurzen Sachvortrag die wesentlichen Punkte, die die Beschlussfassung notwendig machen, noch einmal dar.

Es gibt keine Anfragen und keinen Diskussionsbedarf.

Der Verbandsvorsitzende bringt die Beschlussvorlage zur Abstimmung. Sie wird einstimmig beschlossen.

Ergebnis der Beschlussfassung zur Beschlussvorlage PA 01/2021:

Ja-Stimmen: 5

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Zu TOP 4 Sonstiges

Herr VR Pfohl spricht das Thema Finanzierung der Regionalen Planungsverbände / Mehrbelastungsausgleich an. Er nimmt Bezug auf die Regelung in § 12 Absatz 4 Landesplanungsgesetz, wonach das zuständige Ministerium erstmalig 2019 und danach alle 5 Jahre die Aufgabenerfüllung der RPV nach diesem Gesetz im Hinblick auf deren Organisation und Finanzierung zu überprüfen hat. In der Stadt Dresden seien dazu keine Informationen oder ein wie auch immer garteter Bericht bekannt. In dem Zusammenhang erkundigt er sich danach, ob beim RPV entsprechende Informationen vorlägen.

Fr. Dr. Russig erinnert daran, dass diese Frage bereits im Dezember 2019 in der Verbandsversammlung aufgekommen war und es daraufhin einen Schriftwechsel zwischen Verbandsvorsitzendem und Ministerium gegeben hat. Im Zuge dessen war dem RPV die Möglichkeit eröffnet worden, eine Stellungnahme zum Sachverhalt abzugeben. Dem war der RPV nachgekommen und hatte mit Bitte um Unterstützung für eine bessere Finanzausstattung diese Stellungnahme auch allen Mitgliedern des Ausschusses für Regionalentwicklung im Sächsischen Landtag und den beiden kommunalen Spitzenverbänden in Sachsen zukommen lassen.

Eine konkrete Nachfrage beim SMR im Rahmen einer Arbeitsberatung im November 2020 ergab dann, dass es zum Überprüfungssachverhalt keine schriftliche Ausarbeitung zum Sachverhalt gibt, sondern nur eine mündliche Mitteilung durch die Hausleitung an den Landtag erfolgt ist. Über den Inhalt dieses mündlichen Berichts sei dem RPV nichts bekannt geworden.

Das Thema Finanzen, so der Verbandsvorsitzende, beschäftige den Verband ja schon seit einigen Jahren. Mit dem Problem der Pflicht zur Erfüllung übertragener staatlicher Aufgaben, die teilweise weiter anwachsen würden, die Finanzausstattung aber konstant bliebe, sei der Verband auch nicht allein.

Er schlägt vor, im Rahmen einer erneuten Zusammenkunft mit den Hausspitzen der Verwaltungen der Mitglieds Körperschaften des Verbandes die Problematik zu erörtern und im Ergebnis dieser Zusammenkunft der Verbandsversammlung in einer ihrer nächsten Sitzungen einen Vorschlag zu unterbreiten, wie das Thema mit einem entsprechenden „Initiativbeschluss“ erneut in Richtung Ministerium und Staatsregierung transportiert werden kann.

Der Vorschlag wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

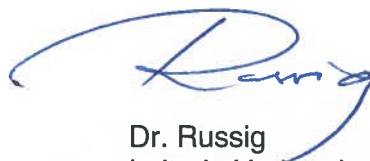
Aus den Reihen der Mitglieder des Planungsausschusses gibt es keine weiteren Anfragen und keine Informationen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitwirkung und schließt die Sitzung.

aufgestellt:



M. Geisler
Verbandsvorsitzender



Dr. Russig
Leiterin Verbandsgeschäftsstelle